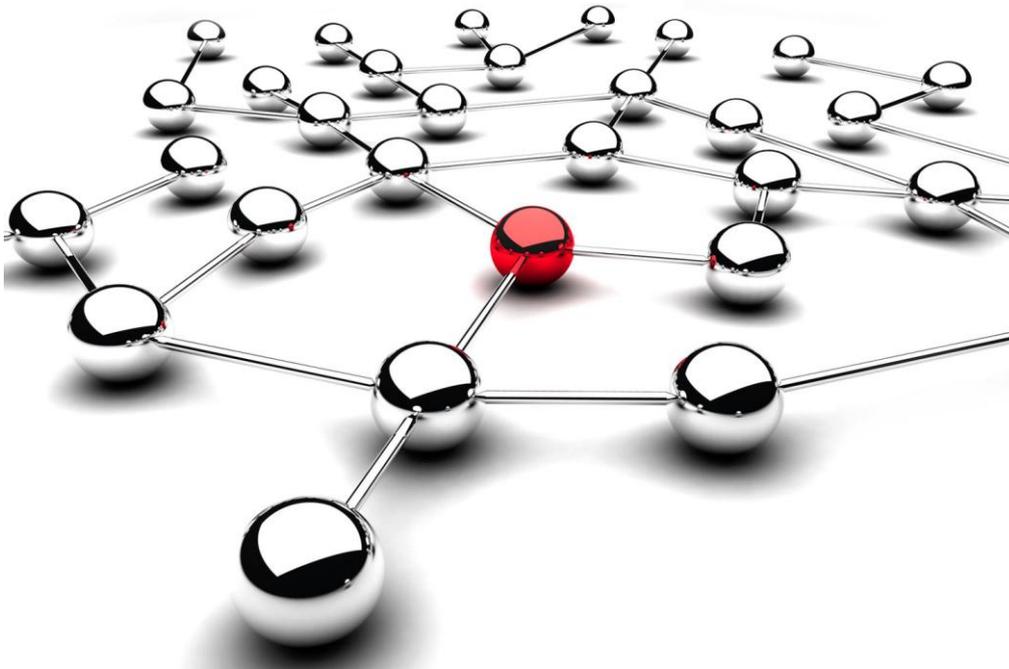


Dossier Wirtschaftspolitik
2012/02 | Januar 2012

Diagnose Österreich 2011-2012

Einschätzung und Empfehlungen
zur Wirtschaftspolitik



Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
www.wko.at/wp
wp@wko.at

Autor:
Mag. Bernhard Lindner
Mag. Stephan Henseler
+43 (0)5 90 900-4401
bernhard.lindner@wko.at
stephan.henseler@wko.at

Inhaltsverzeichnis

1 Executive Summary	3
2 Internationaler Währungsfonds (IWF) Fokus: Strukturreformen	6
3 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Fokus: System- und Staatsreformen	7
4 Europäische Kommission (EK) Fokus: Wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung	9
5 Staatsschuldenausschuss Fokus: Budgetdisziplin auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen	11
6 Zusammenfassung und Einschätzung	12
7 Quellen	14

1 Executive Summary

Das Jahr 2012 birgt für Österreich und Europa viele Herausforderungen: auf den Konjunkturabschwung reagieren, die Budgetkonsolidierung forcieren und das Vertrauen in die Politik, in den Euroraum und in die Märkte wiederherstellen. Die Staatsschuldenkrise wird auch im Jahr 2012 ein dominierendes Thema bleiben. Unsicher ist, wo und wie 2012 neues Wachstum entstehen wird. Die Devise muss daher im Schicksalsjahr 2012 - im Sinne der Verbesserung der österreichischen Standortattraktivität - einmal mehr lauten: Erneuern, um zu wachsen.

Schicksalsjahr 2012

Konjunkturindikatoren - Österreich (WIFO, Dezember 2011)

Jährliche Veränderung						Prognose	
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
BIP (real)	1,4	-3,8	2,3	3,2	0,4	1,6	
Privater Konsum (real)	0,8	-0,3	2,2	0,8	0,8	1,0	
Bruttoanlageinvestitionen	0,7	-8,3	0,1	5,6	0,9	1,5	
Warenexport (real)	0,5	-16,8	12,8	7,8	3,5	6,4	
Leistungsbilanz (% BIP)	4,9	2,7	3,0	2,5	2,4	2,6	
Inflation	3,2	0,5	1,9	3,3	2,1	1,9	
Beschäftigung	1,7	-1,5	0,8	1,9	0,6	0,4	
Arbeitslosenquote (Eurostat Definition)	3,8	4,8	4,4	4,2	4,5	4,7	
Lohnstückkosten	3,7	4,7	-0,3	1,4	3,3	0,8	
Produktivität	-0,7	-2,9	1,5	1,2	-0,4	0,8	
Budgetdefizit (% BIP)	-0,9	-4,1	-4,4	-3,3	-3,0	-2,8	

Quelle: WIFO Prognose für 2012 und 2013, Dezember 2011

Generell bewerten die internationalen Organisationen die Wirtschaftslage Österreichs positiv, sehen jedoch der zukünftigen konjunkturellen Entwicklung mit gedämpfter Erwartung entgegen. Vor allem Österreichs Staatsschulden und die Budgetkonsolidierungsbemühungen seit Beginn 2011 nehmen bei den Einschätzungen eine zentrale Stellung ein. Zu bedenken geben vor allem Belastungen resultierend aus der generellen finanziellen Instabilität der Eurozone in Kombination mit Österreichs hoher Exportabhängigkeit sowie der engen wirtschaftlichen Verknüpfung Österreichs mit den ost- und südosteuropäischen Staaten.

Gedämpfte Erwartungen

Die Empfehlungen für Österreichs zukünftige Wirtschaftspolitik lassen sich in folgende Bereiche einteilen:

- Strukturreformen
- System- und Staatsreformen
- Wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung
- Budgetdisziplin auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen

Die österreichischen Unternehmen sind der Motor der heimischen Wirtschaft und leisten stets ihren Beitrag zum Erfolg und der Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten - wie nach der Finanz- und Wirtschaftskrise - waren die Unternehmen maßgeblich daran beteiligt, dass Österreich - im Vergleich zu anderen EU-Staaten - relativ gut aus der Krise gekommen ist.

Unternehmen nach wie vor
Motor der heimischen Wirtschaft

So haben die österreichischen Unternehmen im Jahre 2010 unter anderem:

- 168 Mrd. Euro an Wertschöpfung generiert,
- 2,2 Mio. MitarbeiterInnen beschäftigt,
- 129.899 Lehrlinge ausgebildet,
- über 71,6 Mrd. Euro an Löhnen und Gehältern von österreichischen Unternehmen gezahlt (aktuelle Arbeitskostenerhebung),
- über 43 Mrd. Euro an Steuern und Abgaben gezahlt,
- über 30 Mrd. Euro in Österreich investiert (in Ausrüstungen, Infrastruktur, Bauten usw.),
- 109,37 Mrd. Euro an Waren exportiert,
- 4,78 Mrd. Euro in Forschung & Entwicklung investiert,
- und insgesamt wurden 37.125 Unternehmen neu gegründet.

Die Zahlen belegen: Leistungen der Unternehmen tragen maßgeblich zur volkswirtschaftlichen Entwicklung bei

Die Wirtschaftskammer Österreich stimmt mit einem Großteil der Empfehlungen der internationalen Organisationen überein. Das Zukunftsprogramm **Zukunft:Wirtschaft** und die **Agenda 2012** der Wirtschaftskammer Österreich stehen ganz im Zeichen einer innovativen Wachstumspolitik. „Erneuern, um zu wachsen“ ist 2012 das wirtschaftspolitische Jahresprogramm der WKÖ und das Motto für eine zukunftsorientierte Standortpolitik.

„Erneuern, um zu wachsen“ als Agenda für eine zukunftsorientierte Standortpolitik

Erneuern heißt, dass dringend notwendige Strukturreformen in den Bereichen Pensionen, Bildung, Verwaltung und Gesundheit angegangen werden müssen.

Wachstum heißt, Impulse für Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Forschung & Entwicklung, Bildung und Infrastruktur zu setzen, um damit das Produktivitäts- und Innovationspotenzial der österreichischen Wirtschaft zu steigern.

Prognosen 2012 für die EU27 und ausgewählte Drittländer

2012	BIP real	Arbeitslosen- quote	Leistungs- bilanzsalden	Inflation	Budgetsalden	Staatsschulden- quote
BE	0,9	7,7	2,0	2,0	-4,6	99,2
CY	0,0	7,5	-7,3	2,8	-4,9	68,4
DE	0,8	5,9	4,6	1,7	-1,0	81,2
EE	3,2	11,2	0,1	3,3	-1,8	6,0
IE	1,1	14,3	1,8	0,7	-8,6	117,5
GR	-2,8	18,4	-6,1	0,8	-7,0	198,3
ES	0,7	20,9	-4,1	1,1	-5,9	73,8
FR	0,6	10,0	-4,2	1,5	-5,3	89,2
IT	0,1	8,2	-3,3	2,0	-2,3	120,5
LU	1,0	4,8	7,6	2,1	-1,1	20,2
MT	1,3	6,8	-4,5	2,2	-3,5	70,8
NL	0,5	4,7	8,3	1,9	-3,1	64,9
AT	0,9	4,5	2,8	2,2	-3,1	73,3
PT	-3,0	13,6	-5,2	3,0	-4,5	111,0
SI	1,0	8,4	-1,9	1,3	-5,3	50,1
SK	1,1	13,2	-2,6	1,7	-4,9	47,5
FI	1,4	7,7	2,5	2,6	-0,7	51,8
BG	2,3	12,1	-2,6	3,1	-1,7	18,3
CZ	0,7	7,0	-1,9	2,7	-3,8	41,9
DK	1,4	7,3	5,1	1,7	-4,5	44,6
LT	2,5	15,0	-1,6	2,4	-3,3	45,1
LV	3,4	13,3	-0,6	2,7	-3,0	38,5
HU	0,5	11,0	1,9	4,5	-2,8	76,5
PL	2,5	9,2	-4,1	2,7	-4,0	57,1
RO	2,1	7,8	-4,8	3,4	-3,7	35,8
SE	1,4	7,4	5,9	1,3	0,7	34,6
GB	0,6	8,6	-0,1	2,9	-7,8	88,8
EZ	0,5	10,1	-0,1	1,7	-3,9	87,8
EU-27	0,6	9,8	0,0	2,0	-3,9	84,9
NO	2,7	3,2	12,1	1,9	10,7	41,8
CH	1,9	4,3	8,7	0,0	0,3	37,1
US	1,5	9,0	-4,0	1,9	-8,5	105,6
JP	1,8	4,8	1,1	-0,1	-7,4	210,0

Quelle: OENB, Eurostat

2 Internationaler Währungsfonds (IWF) Fokus: Strukturreformen

Obwohl sich Österreichs Fiskalposition relativ gesehen besser als bei anderen Mitgliedern der Eurozone darstellt, weist der IWF auf die sich während der Krise drastisch verschlechterten öffentlichen Finanzen hin. Die Alterung der Bevölkerung, steigende Kosten des Gesundheitssystems sowie Risiken aus dem grenzüberschreitenden Finanzsektor, welchen Österreich voll ausgesetzt ist, würden die negative Entwicklung bei den öffentlichen Finanzen beschleunigen. Österreichs starke Präsenz und Ausrichtung in Richtung Ost-/Südosteuropa, welche sich in der Vergangenheit positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgewirkt hat, schuf nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise einen gewissen Grad an Verwundbarkeit, u.a. im Bankenbereich. Im Gegensatz zu anderen Ländern bescheinigt der IWF Österreich jedoch auch während des Abschwungs gute Daten hinsichtlich des Exports, des privaten Konsums sowie bei der Beschäftigung. Ein Anstieg der Auslandsnachfrage habe daher in der zweiten Jahreshälfte 2010 zu einer raschen allgemeinen Erholung geführt. Dennoch müsse Österreich nach Einschätzungen des im September 2011 veröffentlichten Länderberichts des IWF mehr Anstrengungen zur Schuldenreduktion unternehmen. Der IWF betont dabei v.a. die Folgen der Alterung der Bevölkerung, die steigenden Gesundheitsausgaben, die hohe Rate an Frühpensionen und die Förderungsstruktur.

Schuldenreduktion und Reformen im Gesundheitsbereich, bei (Früh)Pensionen und bei Förderungen

Konjunkturindikatoren - IWF

Jährliche Veränderung	Prognose					
	2007	2008	2009	2010	2011	2012
BIP (real)	3,7	2,2	-3,9	2,1	3,3	1,6
Leistungsbilanz (% BIP)	3,5	4,9	3,1	2,7	2,8	2,7
Inflation (HCPI)	2,2	3,2	0,4	1,7	3,2	2,2
Arbeitslosenquote	4,4	3,8	4,8	4,4	4,1	4,1

Quelle: World Economic Outlook, September 2011

Stärken und Schwächen aus Sicht des IWF

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> - Österreichs Fiskalposition ist relativ gesehen besser als in einigen anderen EU-Staaten; der IWF sieht jedoch weiterhin Konsolidierungsbedarf. - Rasche Konsolidierungsmaßnahmen haben zuletzt den wirtschaftlichen Aufschwung induziert (steigendes BIP und sinkende Arbeitslosenrate), sind aber aus Sicht des IWF mittelfristig nicht weitreichend genug. - Österreichs Banken und die öffentliche Hand befassen sich nach dem akuten Krisenmanagement intensiv mit wichtigen Herausforderungen (u.a. Kapitalisierung und Liquidität im Bankensektor). 	<ul style="list-style-type: none"> - Die generelle finanzielle Instabilität der Eurozone belastet auch Österreich stark und birgt Risiken. - Die Staatsschulden werden sich bei den bisher festgelegten Konsolidierungsmaßnahmen mittelfristig nicht verringern. - Die starke Präsenz österreichischer Banken in den ost-/ südosteuropäischen Ländern macht Österreich von der finanziellen Situation der Länder abhängig bzw. birgt einen gewissen Grad an Verwundbarkeit. - Die sich auf Grund der Komplexität des Länderfinanzausgleichs ergebende Reformnotwendigkeit wurde unzureichend behandelt.

Empfehlungen des IWF

A. Fiskalpolitik - schnellerer Schuldenabbau, u.a. auch durch mehr Ausgabeneffizienz: Der IWF rät zu ambitionierten Maßnahmen bei der Konsolidierung, da der derzeitige Konsolidierungspfad nicht ausreicht, um mittelfristig die Staatsschulden zu senken. Der IWF rät daher zu deutlichen, jährlichen Einsparungen ab 2012, um die Neuverschuldung auf null zu bringen. Damit würde sich Österreich den EU-Vorgaben nähern und das Vertrauen im Privatsektor (bei in- und ausländischen Investoren) stärken.

Stärkeres Engagement bei der Konsolidierung ist gefragt

Der IWF rät zu mehr Ausgabeneffizienz. Erhöhtes Augenmerk sollte auf ausgabenseitige Sparmaßnahmen (auf Grund der vergleichsweise bereits hohen Steuerbelastung) gelegt werden und sich u.a. auf folgende Bereiche konzentrieren:

- Pensionen (Abschaffung Hacklerregelung, Reduktion Invaliditätspension),
- Gesundheitswesen (höhere Ausgabeneffizienz) und
- Förderungen (Rationalisierungen u.a. bei den ÖBB).

Des Weiteren empfiehlt der IWF die Umsetzung fiskalpolitischer Verwaltungsreformen, wobei alle Ebenen des Föderalismus ausgabenseitig und hinsichtlich der Finanzierung eingeschlossen werden sollten.

B. Finanzsektor - Kreditrisiko reduzieren und ein stabileres Finanzsystem schaffen: Der IWF empfiehlt eine Reduktion der chronischen Überkapazität am Bankenmarkt sowie die Implementierung der Basel-III Regeln (Stärkung der Eigenkapitalbasis und verbesserte Risikodeckung). Hinsichtlich des Ost-Engagements rät der IWF Maßnahmen in Bezug auf grenzüberschreitende Kreditbelastungen ebenso umzusetzen, wie weitere Schritte in Richtung einer koordinierten Bankenaufsicht auf internationaler Ebene und die Ausgestaltung eines Abwicklungsrahmens für den Bankensektor anzustreben.

C. Strukturreformen - u.a. im Arbeitsmarkt und im Bildungsbereich, um das Wachstumspotenzial zu heben: Der IWF empfiehlt, die Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen zu erhöhen (durch späteren Pensionsantritt bzw. längere Erwerbstätigkeit) und langfristiges Wachstum, u.a. durch eine Bildungsreform, zu ermöglichen. Hierbei stehen die verstärkte Vermittlung von Fachwissen (u.a. für gering Qualifizierte), eine bessere Einbindung von Migrantenkinder ins Schulsystem sowie eine konsequente Hochschulreform im Vordergrund.

Überfällige Arbeitsmarktreformen und Bildungsreform als Beitrag zu nachhaltigem Wachstum

3 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Fokus: System- und Staatsreformen

Österreich weist laut der Bewertung der OECD eine „sehr gute wirtschaftliche Leistung bei gleichzeitig starkem sozialen Zusammenhalt“ vor. Trotzdem wird darauf hingewiesen, dass mehr als ein Viertel des österreichischen BIP ins Sozialsystem fließt. Die Ausgaben für Soziales müssen daher gezielter eingesetzt werden. Insbesondere sind Reformen in den Bereichen Pensionen, Bildung und Gesundheit sowie eine umfassende Verwaltungsreform notwendig. In diesem Sinne muss auch die Staatsverschuldung auf unter 60% des BIP gedrückt werden, wobei auch die Bundesländer aufgefordert sind, ihren Teil beizutragen. Der Stabilitätspakt soll auf alle föderalen Ebenen aufgeteilt werden, um in wirtschaftlich starken Phasen den Haushalt nicht leichtfertig zu belasten.

Ausgaben für Soziales gezielter einsetzen

Insgesamt hat sich laut OECD das Wachstum in Österreich nach einem starken 1. Halbjahr 2011 deutlich abgeschwächt und wird sich in der 1. Jahreshälfte 2012 noch weiter abschwächen. Die Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Umfeldes sowie die gestiegenen Unsicherheiten dämpfen Exporte und Investitionen. Der private Konsum sollte sich weiterhin moderat entwickeln, unterstützt

Abschwächung der Wirtschaftslage im 1. Halbjahr 2012 zu erwarten

von einem robusten Arbeitsmarkt und einer sinkenden Inflation. Aus Sicht der OECD bestehen für Österreich Risiken vor allem in Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Schuldenkrise in Europa sowie auf Grund der starken Präsenz der österreichischen Banken in Ost-/Südosteuropa.

Schuldenkrise und Exposure im Osten als Risiken für Österreich

Konjunkturindikatoren - OECD

Jährliche Veränderung	Prognose				
	2009	2010	2011	2012	2013
BIP (real)	-3,7	2,4	3,2	0,6	1,8
Privater Konsum	1,0	1,2	1,2	0,9	1,2
Exportrate	-13,7	8,3	7,0	3,1	6,1
Leistungsbilanz (% BIP)	2,7	3,0	3,0	3,4	3,8
Inflation (HCPI)	0,4	1,7	3,5	1,9	1,7
Arbeitslosenquote	4,8	4,4	4,2	4,4	4,4
Budgetdefizit (% BIP)	-4,1	-4,4	-3,4	-3,2	-3,1

Quelle: OECD Economic Outlook, Vol. 2011/2, November 2011

Stärken und Schwächen aus Sicht der OECD

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> – Österreich profitiert von einer erfolgreichen, exportorientierten Wirtschaft, qualifizierten ArbeitnehmerInnen sowie einer funktionierenden Sozialpartnerschaft. – Österreichs Arbeitsmarkt hat sich während der Krise im europäischen Vergleich außerordentlich gut entwickelt. – Österreichs Ankündigung einer Schuldenbremse wird als Anstrengung in Richtung einer Reduktion des strukturellen Defizits verstanden. 	<ul style="list-style-type: none"> – Verstärkte Konsolidierungsmaßnahmen sind notwendig, um für den künftigen Anstieg der Ausgaben im Zusammenhang mit der Alterung der Bevölkerung vorzusorgen. – Bildungswege werden zu früh festgelegt. Die Art des Abschlusses ist zu sehr vom familiären Hintergrund geprägt. – Das Gesundheitssystem ist im Vergleich mit anderen Ländern teuer, fragmentiert und zu stark auf Behandlungen im Krankenhaus ausgerichtet. – Die hohe Exportabhängigkeit Österreichs führt in Kombination mit der Schuldenkrise in Europa und dem damit einhergehenden Nachfragerückgang zu einer Dämpfung des Wirtschaftswachstums.

Empfehlungen der OECD

Abbau des strukturellen Defizits: Festhalten an den Anstrengungen zum Abbau des strukturellen Defizits. Dazu zählt unter anderem die rasche Umsetzung der geplanten Schuldenbremse.

Verwaltungs- und Staatsreform: Die Konsolidierung des Budgets muss von einer Verwaltungs- und Staatsreform begleitet werden, um die Staatsverschuldung dem 60%-Maastricht-Richtwert näher zu bringen. Hierbei sind auch die Bundesländer aufgefordert, die Obergrenzen des österreichischen Stabilitätspakts einzuhalten.

Rasche Umsetzung der Schuldenbremse gefragt

Konsolidierung sollte von Verwaltungs- und Staatsreformen begleitet werden

Reform des Gesundheitssystems: Um die Effizienz zu steigern, muss die Aufteilung der Verantwortung für Gesundheitsleistungen sowie die Finanzierungs- und Ausgabenstruktur zwischen Ländern und Bund klar definiert werden. Eine Optimierung des nationalen Kapazitätsplans für öffentlich finanzierte ambulante und stationäre Behandlungen ist notwendig. Zusätzlich muss ein intensiverer Wettbewerb im Gesundheitsbereich gefördert werden, ebenso wie die Verbesserung der Effizienz und Zielorientierung von Sozialtransfers.

Effizienz und Ausgabenstruktur im Gesundheitsbereich verbessern

Weitere Änderungen im Pensionssystem: Es wird empfohlen, die Ausgaben für Soziales gezielter einzusetzen und existierende Anreize für Frühpensionierungen abzuschaffen.

Reform des Bildungssystems: Universitäten sollten ihre Studenten auswählen und Studiengebühren einheben können, begleitet von einem Stipendiensystem und Kreditangeboten. Die Wiedereinführung der Studiengebühren wird empfohlen, ohne jedoch den Studierenden finanzielle Barrieren zu setzen.

Bildungsreform sollte Studiengebühreneinführung beinhalten

Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge: Sozialversicherungsbeiträge bzw. Grenzsteuersätze von geringqualifizierten Arbeitskräften sollten reduziert werden, um deren Beschäftigung und Arbeitsplätze zu sichern.

4 Europäische Kommission (EK)

Fokus: Wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung

Nach einem signifikanten Einbruch des Wachstums nach der Finanz- und Wirtschaftskrise, der von Einbußen bei Investitionen und bei der Beschäftigung begleitet war, setzte die Erholung Österreichs 2010 und 2011 wieder ein. Diese wurde von einem robusten Exportwachstum und einem, mit der günstigen Arbeitsmarktentwicklung zusammenhängenden, stabilen Privatkonsumverhalten, getragen. Für das Jahr 2012 erwartet die EK bis Q3 und Q4 jedoch eine beträchtliche Verlangsamung dieser Entwicklung. Gleichzeitig entstand und entsteht für Österreich ein dringender Haushaltskonsolidierungsbedarf, der sich durch die Konjunkturpakete bzw. konjunkturstützende Maßnahmen ergeben hat und ergibt.

Dringender Haushaltskonsolidierungsbedarf

In ihrem „Jahreswachstumsbericht 2012“ geht die EK davon aus, dass der Wirtschaftsaufschwung in der EU zum Stillstand gekommen ist und das geringe Vertrauensniveau Investitionen und Konsum negativ beeinflusst. Dieser Vertrauensverlust sei auf die negative Wechselwirkung zwischen der Staatsschuldenkrise und der Situation im Finanzsektor sowie auf die Abschwächung der Weltwirtschaft zurückzuführen.

Konjunkturindikatoren - Europäische Kommission

Jährliche Veränderung					Prognose	
	2008	2009	2010	2011	2012	2013
BIP (real)	1,4	-3,8	2,3	2,9	0,9	1,9
Privater Konsum	0,8	-0,3	2,2	0,6	1,0	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	0,7	-8,3	0,1	4,7	0,7	3,0
Exportrate	1,4	-14,3	8,3	6,8	3,8	6,4
Leistungsbilanz (% BIP)	4,9	3,0	3,2	2,7	2,8	2,9
Inflation (HCPI)	3,2	0,4	1,7	3,4	2,2	2,1
Beschäftigung	1,8	-1,3	0,6	1,4	0,2	0,8
Arbeitslose (Eurostat)	3,8	4,8	4,4	4,2	4,5	4,2
Lohnstückkosten (real)	1,8	3,8	-2,0	-0,9	-0,9	-1,2
Budgetdefizit (% BIP)	-0,9	-4,1	-4,4	-3,4	-3,1	-2,9
Staatsschulden (% BIP)	63,8	69,5	71,8	72,2	73,3	73,7

Quelle: European Economic Forecast - Autumn 2011

Stärken und Schwächen aus Sicht der EK

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> – Österreichs Binnenkonsum profitiert von der günstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes. – Die moderaten Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt konnten vor allem durch ein Beschäftigungswachstum bei den Dienstleistungen und eine Erholung bei der Beschäftigung in der Industrie wettgemacht werden. – Österreich zeigt weiterhin robuste Exportwerte und eine gute Performance der Industrie im Q1 und Q2 2011, wobei es 2012 zu einer Verlangsamung kommen soll. – Österreich hat sich in der Vergangenheit auf den internationalen Gütermärkten gut positioniert und kann heute von der steigenden Nachfrage in Asien und Lateinamerika profitieren. 	<ul style="list-style-type: none"> – Der positive wirtschaftliche Rückenwind 2011 wurde nicht für die Konsolidierung, sondern für eine Erhöhung des Ausgabenrahmens genutzt. – Trotz des nationalen Stabilitätspakts könnten durch weitere Reformen der Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen Ebenen erhebliche Einsparungen erzielt, die Budgetkonsolidierung unterstützt und Mittel für wachstumsfördernde Investitionen freigesetzt werden. – Die Steuer- und Abgabenbelastung zählt zu den höchsten in der EU. Gegenüber anderen EU-Ländern sind die Sozialversicherungsbeiträge von Angestellten sehr hoch. – Die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer liegt in Österreich noch immer weit unter dem EU-Schnitt. Außerdem werden Früh- und Invaliditätspensionen weiterhin vergleichsweise oft in Anspruch genommen. – Die starken Lohnabschlüsse Ende 2011 könnten auf Grund steigender Lohnstückkosten den Spielraum für nachhaltige Beschäftigungszuwächse verringern und zusätzliche Arbeitslosigkeit verursachen.

Empfehlungen der EK

Inangriffnahme einer differenzierten, wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung: Auf der Ausgabenseite sollte dafür Sorge getragen werden, dass die öffentlichen Ausgaben unterhalb des mittelfristigen Trends des BIP-Wachstums bleiben. Auf der Einnahmenseite sollte die wachstumsfreundliche Ausgestaltung bzw. Integration der Steuerpolitik besser berücksichtigt werden. Alle Regierungsebenen sollen in den Konsolidierungsprozess eingebunden werden.

Abschaffung der Frühpensionen und Anhebung des Frauen-Pensionsantrittsalters: Es wird empfohlen, dass die derzeitige Frühpensionsregelung für Langzeitversicherte eingestellt und die Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters für Frauen umgesetzt wird, um die Tragfähigkeit und Finanzierbarkeit des Pensionssystems sicherzustellen. Die Voraussetzungen für den Zugang zur Invaliditätspension sollten streng angewendet werden.

Steigerung der Erwerbsbeteiligung und Verbesserungen am Arbeitsmarkt: Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um die Erwerbsbeteiligung v.a. von Niedrig- und Durchschnittslohneempfängern zu steigern. Das Angebot an Ganz-

Ausgabenseitiges Einsparen und wachstumsfreundliche Ausgestaltung der Einnahmenseite ohne neuen Steuern

Weitreichende und glaubhafte Pensionsreform, um auch in Zukunft Finanzierbarkeit sicherzustellen

tagsbetreuungseinrichtungen und Pflegediensten soll ausgeweitet werden, um die Vereinbarkeit Familie-Beruf zu erleichtern und Lohnunterschiede zu reduzieren.

Verbesserungen im Bildungsbereich: Es sollten weitere Schritte in der Bildungsreform unternommen werden, um Schulabbrüche zu verhindern, eine zu frühe Differenzierung der Schüler zu vermeiden und die Performance im Bildungsbereich zu verbessern.

Bildungsreform auf allen Ebenen, um frühe Differenzierung zu vermeiden

Förderung des Wettbewerbs: Maßnahmen sollten gesetzt werden, um den Wettbewerb zu fördern, insbesondere im Dienstleistungssektor (u.a. durch Lockerung von Markteintrittsschranken, Beseitigung von ungerechtfertigten Beschränkungen von Gewerbe und Berufen sowie durch Stärkung der Befugnisse der Wettbewerbsbehörden).

5 Staatsschuldenausschuss

Fokus: Budgetdisziplin auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen

Das angespannte internationale Umfeld wirkt sich deutlich auf Österreich aus. Während sich 2011 der Aufschwung nach der Krise 2008/2009 fortsetzte, wird für das Jahr 2012, u.a. wegen des Nachfragerückgangs nach heimischen Exportgütern, mit einer beträchtlichen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums gerechnet. Des Weiteren wird infolge der gedämpften Wirtschaftsaussichten von einer Stagnation der Ausrüstungsinvestitionen ausgegangen. Auch bei der sich bisher so positiv gestaltenden Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt geht der Staatsschuldenausschuss für 2012 von einer Negativentwicklung aus. Durch den Beschluss der Schuldenbremse im Ministerrat soll die nach offiziellen Angaben Ende 2011 betragende Staatsverschuldung von 72,4% des BIP (zur Zeit der Publikation) bis 2020 auf 60% des BIP rückgeführt werden.

Verlangsamung des Wirtschaftswachstums mit Folgen für Exporte, Investitionsniveau und Arbeitsmarktperformance

Stärken und Schwächen aus Sicht des Staatsschuldenausschusses

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> – Die Arbeitslosigkeit wird auch im Jahr 2012 voraussichtlich vergleichsweise nur geringfügig steigen. – Die Einleitung des Konsolidierungskurses bei den öffentlichen Finanzen im Jahr 2011 war ein wichtiger Schritt in Richtung Rückführung des gesamtstaatlichen Budgetdefizits unter den EU-Referenzwert von 3% des BIP. – Der private Konsum bleibt ein wichtiger Faktor hinsichtlich Stabilisierung der heimischen Wirtschaftsentwicklung. 	<ul style="list-style-type: none"> – Der im aktuellen Stabilitätsprogramm vorgesehene Konsolidierungspfad entspricht jedoch nur teilweise den EU-Vorgaben. – Die Österreichischen Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) erfüllen die EU-Vorgaben nicht ausreichend. – Eine Verbesserung der öffentlichen Finanzlage aller gebietskörperschaftlichen Ebenen (durch hohe Einnahmenezuwächse infolge einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung) ist in den nächsten Jahren nicht zu erwarten.

Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses

Konsolidierungskurs bereits im Jahr 2012 einschlagen: Vor dem Hintergrund der internationalen Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise empfiehlt der Staatsschuldenausschuss bereits im Jahr 2012 einen deutlichen Konsolidierungskurs einzuschlagen. Budgetdisziplin auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen ist dringend erforderlich.

2012 muss Jahr der deutlichen Konsolidierung werden

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte muss in den nächsten Jahren Vorrang vor Steuerreformen haben.

Schuldenbremse rasch in der Verfassung verankern: Die Verankerung würde das Vertrauen der Investoren erheblich stärken und die ausgezeichnete Bonität Österreichs absichern.

Staats- und Verwaltungsreform: Eine Neuordnung der öffentlichen Aufgabewahrnehmung bei den Gebietskörperschaften würde nachhaltig zu einer Rückführung des Budgetdefizits auf 0,45 % der BIP beitragen.

Schuldenbremse im Verfassungsrang erhöht die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen

6 Zusammenfassung und Einschätzung

Österreich hat besonders durch seine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise bewiesen, nachhaltig mit internationalen Herausforderungen umgehen zu können und wettbewerbsfähig zu bleiben. Die besten Beispiele dafür sind die Entwicklung der Arbeitslosenquote und der Unternehmensgründungen sowie die starke Exportperformance österreichischer Unternehmen. Durch die wirtschaftliche Verflechtung des heimischen Standortes mit Europa und der Welt gehört Österreich als kleine Marktwirtschaft zu den klaren Gewinnern der Internationalisierung, konnte nach der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder rasch Boden gutmachen und schaffte bzw. sicherte damit viele Arbeitsplätze.

Österreich ist glimpflich aus der Krise davongekommen...

Österreich steht wieder vor wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Das weiß auch Österreichs Unternehmerschaft. Die halbjährlich stattfindende Konjunkturerhebung der Wirtschaftskammer Österreich (Wirtschaftsbarometer Austria) unter den Mitgliedern der WKO zeigte zuletzt deutlich, dass die Unternehmen einen außergewöhnlichen Abschwung und eine Verschärfung der Lage erwarten: Hinsichtlich Wirtschaftsklima, Auftragslage und Investitionen geht inzwischen ein guter Teil der Unternehmen von einer bevorstehenden Verschlechterung aus.

...Unternehmen verspüren jedoch wieder einen rauerer Wind und blicken pessimistischer in die Zukunft

Die derzeitigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Prognosen lassen erwarten, dass es 2012 in Österreich zwar zu keiner Rezession kommen sollte, das Wirtschaftswachstum aber nur sehr moderat ausfallen wird. Besonders besorgniserregend ist die Schwäche bei Investitionen.

Standortsicherung notwendiger denn je, v.a. in wirtschaftlich schwierigen Zeiten

Es gilt daher gerade 2012 mehr denn je, den wettbewerbsfähigen Standort Österreich nachhaltig zu sichern und zu stärken.

SWOT-Analyse für Österreich

<p>Stärken</p> <ul style="list-style-type: none"> – Sektorale Vielfalt der Wirtschaft – Gute Infrastruktur – Geopolitisch günstige Lage – Geringe Arbeitslosenquote – Erfolgreiche Internationalisierung – Flexible, klein strukturierte Wirtschaft – Effektive Sozialpartnerschaft – Hohe Lebensqualität – Hoher Wohlstand und hohe Kaufkraft 	<p>Schwächen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Hohe Staatsverschuldung – Verwaltungsreformbedarf – Reformen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Pensionen ausständig – Hohe Steuern- und Abgabenquote – Hohe Arbeitskosten und Lohnnebenkosten
<p>Chancen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Auflösung des Reformstaus – Exportorientierung in Richtung der Wachstumsmärkte (BRICS, Türkei und Osteuropa) – Potenzial für Direktinvestitionen – Nutzung der offenen Arbeitsmärkte – Gründer- und Innovationspotenzial – Kreativwirtschaft 	<p>Risiken</p> <ul style="list-style-type: none"> – Internationale Risiken (steigende Rohstoffpreise, Ungleichgewichte in der Eurozone und Schuldenkrise) – Facharbeiterengpass – Fortsetzung des Reformstaus – Kreditklemme – Investitionsmängel

Quelle: eigene Darstellung

In Anbetracht der Erkenntnisse und Empfehlungen der internationalen Organisationen schlägt die Wirtschaftskammer Österreich auch eine mittelfristige Strategie im Sinne der Wirtschaftspolitischen Agenda **Zukunft:Wirtschaft** vor. Im Zentrum stehen Elemente der Europa 2020-Strategie, die den wirtschaftspolitischen Kurs der EU vorgibt.

Internationale Organisationen unterstützen Empfehlungen der WKÖ

„Erneuern, um zu wachsen“ ist die Jahresagenda der Wirtschaftskammer Österreich für eine zukunftsorientierte Standortpolitik: Angesichts der budgetären Lage und der Notwendigkeit einer Sanierung der öffentlichen Finanzen muss eine Staats- und Verwaltungsreform sowie eine Fokussierung auf effiziente Erbringung von Leistungen der Gebietskörperschaften in Angriff genommen werden. Schulden gehen zu Lasten zukünftiger Generationen und nehmen den Spielraum für nachhaltige Investitionen.

Sanierung der Finanzen und weitreichende Reformen als Verantwortung gegenüber zukünftiger Generationen

Die Beispiele der Staatsschuldenkrise in Griechenland oder Japan zeigen, dass man ab einem gewissen Schuldenstand wirtschaftspolitisch handlungsunfähig ist. Es soll zu keinem verlorenen Jahrzehnt für Österreich kommen.

Auch in Österreich steigen die jährlichen Zinszahlungen für die Staatsschulden dramatisch an. Will man einer wesentlichen Einschränkung des wirtschaftspolitischen Handlungsspielraums für zukünftige Generationen entgegenwirken, ist eine Trendwende absolut notwendig. Die Sanierung des Staatshaushalts hat daher Priorität. Als wesentliche Voraussetzungen zur Konsolidierung des Budgets und zum Abbau der Schulden, müssen dringend notwendige Strukturreformen in den Bereichen Verwaltung, Bildung, Gesundheit und Pensionen ehestmöglich umgesetzt werden.

Staatsschulden + Zinszahlungen = eingeschränkter Handlungsspielraum + verlorenes Geld

Begleitend dazu und schon in der Planung des Budgets bis 2016 müssen jedoch auch Impulse für Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Forschung & Entwicklung, Bildung und Infrastruktur gesetzt werden, um damit das Produktivitäts- und Innovationspotenzial zu steigern.

Zukunftsinvestitionen für Wachstum

Im Jahr 2012 hat die Bundesregierung die Chance, die in sie gesetzten Erwartungen und Hoffnungen zu erfüllen. Nur wenn die Regierung Handlungsfähigkeit beweist und die Weichen in Richtung Erneuerung stellt, können der Wirtschaftsstandort gestärkt und Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand erhalten werden.

2012 richtungsweisende Entscheidungen treffen, um den Standort zu sichern

Aber nicht nur Österreich muss das Reformtempo beschleunigen. Europa und die EU-Mitgliedsländer müssen ihre gemeinsame Politik noch stärker aufeinander abstimmen und den Zusammenhalt sichtbar machen. Nur auf diese Weise kann die Krise in Europa nachhaltig gemeistert werden.

Handlungsbedarf in ganz Europa

7 Quellen

Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook, September 2011

Internationaler Währungsfonds, Austria: 2011 Article IV Consultation, Country Report 11/275, September 2011

OECD Economic Outlook, Vol. 2011/2, November 2011

OECD Economic Surveys Austria, July 2011

Europäische Kommission, European Economic Forecast - Autumn 2011

Europäische Kommission, Jahreswachstumsbericht 2012, Dezember 2011

Europäische Kommission, Assessment of the 2011 national reform programme and stability programme for Austria, SEC(2011) 728 final, Juni 2011

Rat der Europäischen Union, Empfehlungen zum nationalen Reformprogramm Österreichs 2011 und Stellungnahme zum aktualisierten Stabilitätsprogramm Österreichs für 2011-2014, SEK(2011) 801, Juni 2011

Staatschuldenausschuss, Empfehlung des Staatschuldenausschusses zur Budgetpolitik und deren Finanzierung 2012, Dezember 2011
